

**Ein solidarisches Hamburg fängt bei uns an!
- Gemeinsam für bessere Lebensbedingungen -**

Was uns bewegt:

DIE LINKE hat sich eine feste Verankerung in den Stadtteilen und in der Stadt erarbeitet – sie gibt Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit in Hamburg. Mit dieser Verankerung können wir dazu beitragen, die Lebensbedingungen für die Menschen spürbar zu verbessern – als linke Opposition in den Parlamenten, als Partei mit vielen Orts- und Stadtteilgruppen, zusammen mit gesellschaftlichen Bewegungen und auf der Straße.

Dennoch schauen wir mit Sorge auf den Zustand unserer Partei. Sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Grundausrichtung unserer Politik – genauer gesagt, das innerparteiliche Gegeneinander – behindern massiv unseren Einsatz für soziale Gerechtigkeit. So gelingt es uns nur unzureichend, Mitglieder zu gewinnen, zu aktivieren und zu halten. Viele Genoss*innen verlieren die Motivation, weil die Vielfalt in unserer Partei nicht produktiv genutzt wird. In endlosen Diskussionen ohne echten Diskurs werden stattdessen Kräfte aufgezehrt, ohne Ergebnisse zu bringen. Das hat uns bewogen, in strömungsübergreifendem und -unabhängigem Einvernehmen dieses Papier zu erarbeiten.

Wir brauchen einen Landesvorstand, der die Mitglieder in ihrer Heterogenität widerspiegelt und trotzdem einigend wirkt. Er muss der Parteientwicklung entschieden mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher und DIE LINKE als aktive Mitgliederpartei stärken. Partei- und Politikentwicklung gehen miteinander einher. Der zukünftige Landesvorstand sollte in der Lage sein, die politische Wirklichkeit in unserer Stadt differenziert wahrzunehmen, daraus linke politische Schlussfolgerungen zu ziehen und gemeinsam mit unseren Fraktionen und den vielen Initiativen in praktische Politik umzusetzen.

Politische Großwetterlage:

Wann, wenn nicht jetzt, ist die Stunde linker Politik!?

Die Corona-Pandemie und der damit verbundene Lockdown haben in aller Brutalität die soziale Spaltung noch deutlicher offengelegt. Sie befeuern die weltweite Rezession, die Arbeitslosenzahlen steigen dramatisch, die Krise trifft die am härtesten, die ohnehin schon wenig haben. Zwar wird die Politik der Schwarzen Null ausgesetzt. Dennoch wächst die Ungleichheit zwischen Arm und Reich – auch in Hamburg. Bereits in der Finanzkrise 2008/2009 haben wir erfahren müssen, dass der damalige Anflug von Zweifeln an der neoliberalen Wirtschaftspolitik nicht lange Bestand hatte. Die Rechnung der Konjunkturpakete werden am Ende wieder die Geringverdienenden bezahlen. Schon jetzt versuchen Arbeitgeber*innen, Forderungen nach Lohnerhöhungen unter Verweis auf die Corona-bedingten Belastungen entgegenzutreten. Ein Zurück zur alten Sparpolitik müssen wir verhindern.

Auf Hamburg-Ebene hat die rot-grüne Koalition im Schatten der Pandemie ein „Weiter so“ der bisherigen Politik beschlossen. Der Zuwachs grüner Wähler*innenstimmen hat sich auf die Umwelt- und Verkehrspolitik des Senats kaum ausgewirkt. Die SPD bestimmt, ohne dass von den Grünen Kritik daran laut würde, weiterhin ihre Politik der Stärkung der Hamburger Großwirtschaft (z. B. Hafenspannung). Die Grünen erschöpfen sich in medienwirksamer Symbolpolitik und lassen grundlegende Ansätze zu sozialökologischen Alternativen unter den jetzigen Krisenbedingungen vermissen. An der Stadtentwicklung kritisieren viele Fachleute den verstärkten Abriss traditioneller Bausubstanz, um für gewinnträchtige Neubauten Platz zu schaffen. Auch weiterhin werden Rüstungsgüter über den Hamburger Hafen verschifft und in kriegführende Länder geliefert. Für den rot-grünen Senat ist Friedenspolitik kein Thema. Er versucht nicht einmal, die Rüstungstransporte zu

stoppen. Es gäbe noch viele weitere Punkte zu benennen, die deutlich machen: Die LINKE als politische Alternative wird gebraucht, sie muss gestärkt werden.

Wann also, wenn nicht jetzt, ist es an der Zeit, für linke Politik aktiv zu werden!? Ein neuer Landesvorstand muss dazu motivieren, daran mitzuwirken.

Linke Themen – linke Fragen:

Wir LINKE haben bereits viele gute Antworten, wie wir bessere Lebensbedingungen für die Menschen erreichen können. LINKE Klimapolitik ist Sozial-, Friedens- und Wirtschaftspolitik zugleich. Nur wenn wir unser Wirtschaftssystem umstellen, haben wir eine Chance, das Klima zu retten. Es bleibt aber die Frage offen: Wie genau ändern wir unsere Art zu wirtschaften? In der Corona-Krise kommen neue Fragen hinzu, etwa: Wie bekommen wir es hin, die positiven Auswirkungen der Corona-Krise auf das Klima zu erhalten, aber zugleich den Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern? Wie begegnen wir den Ängsten der Menschen, wie es nach der Corona-Krise weitergeht?

Wir müssen also immer auch zum Meinungs austausch über Antworten in der Lage sein. Vom neuen Landesvorstand erwarten wir, dass er selber diskussionsfähig ist, aber auch die Diskussion in der Partei organisiert. Und natürlich soll der Landesvorstand auch Impulse geben, dass wir dort aktiv bleiben, wo wir bereits Antworten haben. Wir wissen, eine Aufzählung kann nie vollständig sein, beispielhaft seien folgende Handlungsfelder genannt:

Wohnen und Mieten

Linke Politik für Mieter*innen bleibt Aufgabe auch des neuen Landesvorstandes. Hamburgs Mieter*innen müssen weiter vor den Auswirkungen der Corona-Krise geschützt werden. Dazu ist es dringend notwendig, den Anliegen der beiden Mieten-Volksinitiativen zum Erfolg zu verhelfen: Keine Profite mit Boden und Miete! Nötig ist ebenfalls ein Einfrieren der Mieten bei SAGA und anderen städtischen Wohnungen. Und wir haben die Pflicht, mit etlichen Initiativen gegen die Praxis von Vonovia, Akelius und Co., die Mietpreisbremse mit Modernisierungen zu umgehen, vorzugehen.

Wirtschaft, Gesundheit und Soziales

Wir müssen Wege finden, wie ein sozial-ökologischer Umbau auch in Hamburg mit einem Wiederaufbauprogramm für die von der Krise besonders betroffenen Firmen, Gewerbetreibenden, ihre Mitarbeitenden, für Solo-Selbstständige, Theater und Kinos verbunden werden kann. Eine Wiederauflage der alten Sparpolitik darf es nicht geben. Der neue Landesvorstand muss sich daher zusammen mit der Bürgerschaftsfraktion zum Hamburger Haushalt 2021/22 mit konkreten Vorschlägen äußern.

Unser Gesundheitssystem steht nicht nur seit der Corona-Krise im Fokus. Wir LINKE streiten schon lange für eine gemeinwohlorientierte Gesundheits- und Pflegevorsorge mit anständiger Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden. Angesichts des Verkaufs der städtischen Krankenhäuser bleibt in Hamburg die Frage besonders akut.

Gleichstellung und Gleichbehandlung

Die Rechte von Frauen, Kindern, queeren Menschen und Menschen mit Handicap und Migrant*innen spielen in der vielfältigen Großstadt Hamburg eine besonders wichtige Rolle. Sie werden in ihrer Heterogenität in Partei und Politik unzureichend repräsentiert. Als LINKE in Hamburg sind wir gefragt, Wege für eine bessere Beteiligung zu finden. Auch die soziale Benachteiligung ist hier besonders groß. In der Corona-Krise erleben wir, wie schnell der Rollback zur „Frau am Herd“ geht, wenn Schulunterricht und Kinderbetreuung zum Erliegen kommen. Queeren Menschen, die auf-

grund der Corona-Maßnahmen ihre Schutzräume verloren haben, fehlt es an Unterstützung. Die sozialen Folgen in den verschiedenen Bereichen sind noch gar nicht absehbar.

Unsere gegenwärtige Diskussions“kultur“ bremst die Durchsetzung von Frauenrechten immer noch aus. In Hamburg stellen wir fest, dass gerade junge Frauen mehr Angebote feministischer und queerer Politik erwarten. Ein neuer Landesvorstand muss hier mit einer Frauenbeauftragten ein deutliches Signal setzen.

Demokratie und Grundrechte

DIE LINKE hat auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie die enormen Grundrechtseinschränkungen mitgetragen, um die Gesundheit der Hamburger*innen zu schützen. Vom zukünftigen Landesvorstand erwarten wir, dass er sich sichtbar auf die Seite der Grundrechte stellt und zugleich hörbar auf Distanz zu denjenigen geht, denen es allein um ihre Freiheiten auf Kosten der Gesundheit anderer geht und die anschlussfähig für Rechte, Verschwörungstheoretiker*innen und Antisemit*innen sind.

Inmitten der Krise hat die Ermordung des Schwarzen George Floyd durch Polizisten in den USA vor Augen geführt, dass Rassismus trotz aller Unterschiede zu den USA auch bei uns ein tief sitzendes Problem ist. Wir müssen Rassismus und Diskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen skandalisieren und Strategien dagegen entwickeln. Eine Riesengefahr geht außerdem von rechtsextremen Netzwerken aus. Vermutlich stecken sie auch hinter „NSU 2.0“. Es ist dringend erforderlich, dass der zukünftige Landesvorstand hier einen Schwerpunkt setzt. Sind doch gerade wir als LINKE aufgerufen, in einem breiten Bündnis die Demokratie zu verteidigen.

Was zu tun ist:

Der Landesverband hat großes Potential – ca. 1.700 Mitglieder in sieben Bezirksverbänden und vielen Untergliederungen, hohes Expert*innenwissen in mehreren gut aufgestellten Arbeitsgemeinschaften, sieben starke Bezirksfraktionen und unsere Bürgerschaftsfraktion. Seit 12 Jahren wird dadurch unser öffentliches Erscheinungsbild in Hamburg geprägt. DIE LINKE ist zum sozialen Gewissen der Stadt geworden. Dieses Potenzial unserer pluralen und aktiven Mitgliederpartei muss der Landesvorstand stärken und dabei zugleich die Vielfalt repräsentieren.

Umso wichtiger ist es, dass wir als LINKE in Hamburg gut aufgestellt sind:

Es klingt simpel, ist aber elementar. Wir brauchen eine gute Kommunikation im Landesvorstand, vor allem zwischen geschäftsführendem Landesvorstand, Landesvorstand, Arbeitsgemeinschaften und Mitgliedern. Es ist wenig glaubwürdig, Transparenz von anderen zu verlangen, wenn sie innerparteilich nicht funktioniert. Mit Website und Newsletter muss daher zeitnah und aktuell über Entscheidungen und Vorhaben des Landesvorstandes informiert werden. Dafür braucht es Ressourcen und Strukturen. Der neue Landesvorstand muss schnell erarbeiten, wie wir es hinbekommen, die Landesgeschäftsstelle zu stärken.

In der Corona-Pandemie zeigt sich, wie fragil ein System ist, das vollständig auf Präsenz baut. Digitale Lösungen wurden nur langsam und technisch sehr unzureichend eingeführt. Viele Mitglieder sind dabei auf der Strecke geblieben. Wir brauchen dringend eine Debatte darüber, wie die Parteiarbeit in Zukunft aussehen soll. Wollen wir Online-Treffen als Element der Zusammenarbeit beibehalten? Wie lösen wir das technisch und satzungsmäßig? Wie binden wir die Mitglieder ein?

Die vergangenen Bezirks- und Bürgerschaftswahlen haben wieder einmal das große Thema von Parteien schlechthin vor Augen geführt: Wie gewinnen wir Menschen dafür, nicht nur Mitglied zu werden, sondern auch in Partei und Parlamenten mitzumachen? Da hakt es regelmäßig an vielen Ecken und Enden, beginnend bei der Ansprache nach dem Eintritt über die Frage von Anlaufstel-

len bis hin zur behutsamen Entwicklung der Potenziale. Wir sollten auf allen Ebenen daran arbeiten, das deutlich zu verbessern. Der zukünftige Landesvorstand muss sich darum kümmern, dass es in den Bezirken engagierte Mitgliederverantwortliche gibt. Die politische Bildung muss gestärkt werden und insbesondere für junge Mitglieder müssen Möglichkeiten geschaffen werden, sich untereinander zu vernetzen.

Der Landesvorstand sollte sich mehr kümmern, wenn in Bezirken Arbeitsstrukturen zusammenbrechen. Wir brauchen in allen Bezirken Vorstände, die in der Lage sind, linke Politik vor Ort zu verankern. Die aktive Mitgliederpartei beginnt vor Ort. Orts- und Stadtteilgruppen sollten unterstützt und gestärkt sowie die Gründung weiterer Gruppen vorangebracht werden.

Und schließlich rückt auch der Bundestagswahlkampf 2021 bereits näher. Wir werden viel Kraft aufbringen müssen, um dem Corona-Bonus der Regierenden unsere sozialen und ökologischen Antworten gegenüberzustellen. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe von Partei, Bürgerschafts- und Bezirksfraktionen. Dafür müssen alle an einem Strang ziehen. In diesem Wahlkampf wird es notwendiger denn je sein, einen konstruktiven Diskussionsprozess über Fragen der strategischen Ausrichtung der LINKEN zu moderieren.

Ein neuer Landesvorstand sollte so zusammengesetzt sein, dass er in der Lage ist, innerparteiliche Feindbilder der Vergangenheit hinter sich zu lassen und gemeinsam für eine starke LINKE zu kämpfen.

Die Unterzeichnenden haben dieses Papier im Konsens erarbeitet und werben für eine breite Unterstützung.

Hamburg, im August 2020

Unterzeichnende:

1. Inge Asimiadis
2. Rainer Benecke
3. Joachim Bischoff
4. Regine Brüggemann
5. Simon Dhemija
6. Enno Drewes
7. Hermann Ehlers
8. Julian Georg
9. Theresa Jakob
10. Jürgen Kahlert
11. Andrea Noack
12. Hartmut Obens
13. Manuela Pagels
14. Anna Rinne
15. Berno Schuckart-Witsch
16. Herbert Schulz
17. Sieglinde Steidinger
18. Thomas Wening
19. Maria Westberg

Wer unterzeichnen möchte, kann dies gerne per Mail an folgende E-Mail-Adresse tun:

starke-linke-2020@gmx.de

Der aktuelle Stand der Unterzeichnenden kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://docs.google.com/document/d/1IEV0zqMzHR2jai07X002fRCfHulwi69gfqIO9bgmyaA/edit>